

BERN, SEITE 23:

Beratungsfirma soll Spitallandschaft untersuchen

Grund ist das neue Krankenversicherungsgesetz, das die Staatskasse stark belasten wird.

Simon Wälti

PricewaterhouseCoopers soll die Organisations- und Entscheidungsstruktur der regionalen Spitalzentren im Kanton Bern durchleuchten und Verbesserungsvorschläge machen. Die Firma wurde vom Regierungsrat mit der Überprüfung der Eigentümerstrategie beauftragt. Dank der externen Analyse sollen die Rollen von Eigentümer, Verwaltungsrat und Geschäftsleitung der Spitalzentren geklärt und allenfalls neu definiert werden. Eine regierungsrätliche Delegation wird den Prozess begleiten. Als Eigentümer besitzt der Kanton das Recht, über die Zusammensetzung der Verwaltungsräte zu bestimmen.

«Wir rechnen mit Mehrkosten für den Kanton von 260 Millionen Franken pro Jahr»

Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud

Hintergrund ist die Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes, die 2012 in Kraft tritt. Der Wettbewerb unter den Spitälern wird härter. Die Spitäler werden nach einem fixen Schlüssel über sogenannte Leistungspauschalen finanziert. Das wird den kantonalen Finanzhaushalt stark belasten. «Wir rechnen mit Mehrkosten von 260 Millionen Franken pro Jahr», sagte der kantonale Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud (SP). Die Frage, welche Infrastruktur sich die jeweiligen Spitäler aufgrund des «Patientenmixes», der Anzahl Fälle und der Tarife leisten könnten, rücke noch stärker ins Zentrum. Wichtige Kriterien für die Gestaltung der Spitallandschaft sind gemäss Mitteilung der Versorgungsbedarf der Bevölkerung, die Wirtschaftlichkeit, die Qualität und die Erreichbarkeit der Spitäler.

Keine neuen Verwaltungsräte

Der Entscheid des Regierungsrats hat Auswirkungen auf bevorstehende Verwaltungsratswahlen. Für die im Juni stattfindenden Generalversammlungen der RSZ Emmental, Spital Netz Bern und Spitalregion Ob- und Nid Aargau sowie für den Hôpital du Jura bernois befürwortet der Regierungsrat die Wiederwahl der Verwaltungsräte für ein Jahr bis Juni 2011.

Neue Verwaltungsratsmitglieder will der Regierungsrat aber bis zum Vorliegen des Berichts nicht wählen. Der Entscheid betrifft die Spital Thun-Simmental AG, die Regionalspital Emmental AG und die Spitalregion Ob- und Nid Aargau AG, wo je zwei

Erneuerungen anstehen. Bei der Spitalnetz Bern AG soll ein Mitglied ausscheiden, damit der Verwaltungsrat statutengemäss auf sieben Personen verkleinert wird. Bei der Spitalzentrum Biel AG soll der Verwaltungsrat befristet auf Ende 2010 gewählt und ein ausscheidendes Verwaltungsratsmitglied vorerst nicht ersetzt werden. Der Regierungsrat will in Biel bis Ende August eine externe Überprüfung der Situation im Verwaltungsrat einleiten. Im Dezember soll über die Wieder- beziehungsweise Neuwahl des Verwaltungsrats entschieden werden. Im Februar 2009 hatte der Verwaltungsrat den damaligen Spitaldirektor wegen Veruntreuung fristlos entlassen. Gerichtsverfahren sind im Gang.

Regierungsrat will mehr Einfluss

«Einige Verwaltungsräte haben sehr gut gearbeitet, andere weniger gut», sagt Perrenoud. Fest stehe, dass der Regierungsrat in Zukunft stärker Einfluss auf die Wahlvorschläge für die Besetzung vakanter Verwaltungsratssitze in den Spitalzentren nehmen werde. Der Regierungsrat hat die Verwaltungsräte in den letzten Tagen über die Entscheide informiert. Nicht alle hatten Freude, da der Eindruck entstehen könnte, dass der Kanton den Gremien generell misstraut. Dies sei aber nicht der Fall. «Es geht darum, die beste Struktur für 2012 zu finden », so Perrenoud.

«Das führt dazu, dass Spitalzentren in ihrer Arbeit behindert werden.»

Verwaltungsrat Spital Region Oberaargau

In einer Reaktion erklärte der Verwaltungsrat des Spitals Region Oberaargau, er sehe sich und seine Arbeit nicht in Frage gestellt. Er spart aber nicht mit Kritik. «Die pauschale Vorgehensweise führt dazu, dass auch jene Spitalzentren in ihrer Arbeit und Weiterentwicklung behindert werden, deren Unternehmungen ausgezeichnet funktionieren.»

Kritik an der Überprüfung, die voraussichtlich zwischen 50 000 und 100 000 Franken kosten wird, übt auch die SVP des Kantons Bern. Der Regierungsrat sei off ensichtlich überfordert und verunsichere durch sein Vorgehen diverse Spitalzentren.